



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
www.kas.de

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

2. Wartburg-Gespräch

„Der Euro – eine Schicksalsfrage“

Samstag, 22. September 2012, 14.30 Uhr

„Währungsunion auf dem Weg zur politischen Union“

Eisenach, Hotel auf der Wartburg



Konrad
Adenauer
Stiftung

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, Sie zum 2. Wartburg-Gespräch willkommen heißen zu dürfen!

Mein herzlicher Dank für das Zustandekommen dieser Veranstaltung gebührt dem Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), namentlich Ihnen, verehrter Heiner Emrich, als Vorsitzender des CV-Rates. Er gebührt Frau Melanie Piepenschneider, der Leiterin unserer Hauptabteilung Politische Bildung. Und er gebührt natürlich allen Referenten dieser Tagung.

„Der Euro – eine Schicksalsfrage“, so lautet das Thema heute und morgen. Ich freue mich über die Gelegenheit, an diesem geschichtsträchtigen Ort mit Ihnen über die Zukunft der Europäischen Union zu sprechen.

Wir tun das vor dem Hintergrund der vielleicht größten Wirtschafts- um nicht zu sagen Sinnkrise ihrer Geschichte. Zweifelsohne stehen wir in der Europäischen Union vor einer der größten Herausforderungen seit ihrem Bestehen. Längst ist diese Herausforderung das alles beherrschende Thema in Politik, Wirtschaft und Medien. Manch ein Kritiker scheint gar der Auffassung zu sein, die Europäische Union sei Ursache allen Übels – und nicht Lösung.

Dieser Eindruck ist natürlich weit gefehlt!

Europa war und ist die Antwort auf die brennenden Fragen unserer Zeit. Europa ist weit mehr als seine Krisen. Wer Europa, wer die Europäische Union auf ihre Krisen reduziert, der blendet die Geschichte aus.

Für ein verantwortungsvolles Nachdenken über die Zukunft ist das ein überaus schlechter Ansatz. Denn: Wer die historische Dimension des europäischen Projekts verkennt, der läuft Gefahr, sich in Zukunft zu verlaufen.

Konrad Adenauer war sich dieser Gefahr in besonderer Weise bewusst. Er war der Auffassung, man könne „nicht in der Zukunft gut wirken, wenn man nicht aus der Vergangenheit lernt und das aus der Vergangenheit mit sich nimmt, was wert ist, mitgenommen zu werden.“

Lassen Sie mich daher – in Anlehnung an Konrad Adenauer – Bezug nehmen auf diesen historischen Ort, an dem wir zusammengekommen sind. Das Wartburg-Gespräch findet in der Tradition des Wartburgfests von 1817 statt.

Damals traten Studenten für die politische Einheit Deutschlands ein. Ein Deutschland, das durch Kleinstaaterei politisch und wirtschaftlich zerrissen war. Selbst an einer deutschlandweiten Zollunion fehlte es noch; von einem gemeinsamen deutschen Binnenmarkt oder gar Bundesstaat ganz zu schweigen. Preußen und Österreich stritten sich um die Vorherrschaft in Deutschland, das in dutzende Einzelstaaten zerstückelt war, das noch kein Deutschland war.

Die Situation in Europa ist – trotz verschiedener Nationen, Kulturen und Sprachräume – selbstverständlich eine gänzlich andere. Aber umso erstaunlicher und gewaltiger erscheinen vor diesem Hintergrund die bisherigen Erfolge der europäischen Einigung in den vergangenen Jahrzehnten.

Erinnern wir uns – bspw. an das Europa des Kalten Krieges. Deutschland war geteilt. Europa war geteilt. Der Freiheitswille der Menschen in der ehemaligen DDR und den anderen mittelost- und südosteuropäischen Staaten brachten die Mauer zum Einsturz, lüfteten den Eisernen Vorhang, ermöglichten am 3. Oktober 1990 die deutsche Wiedervereinigung. Viele hatten den Glauben daran bereits verloren.

Es war Helmut Kohl, der die Gunst der Stunde nutzte und die Wiedervereinigung – in Übereinstimmung mit den Menschen in der DDR – über den Weg des Artikels 23 Grundgesetz herbeiführte.

Der von vielen geforderte Weg über Artikel 146 Grundgesetz und eine neue Verfassung wäre nicht nur zeitraubend gewesen: Er hätte die Einheit Deutschlands vielleicht sogar unmöglich gemacht, weil sich die politischen Bedingungen in Europa verändert hätten.

Diese historische Leistung ermöglichte nicht nur den Erhalt unserer Verfassung, sondern sie war auch die Voraussetzung für den Erhalt der bestehenden Verträge mit der Europäischen Gemeinschaft. Somit wurde das geeinte Deutschland am 3. Oktober 1990 automatisch Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der NATO.

Gestatten Sie mir dazu eine kurze Anmerkung: Nach der Verwirklichung der Einheit Deutschlands wurde der Artikel 23 geändert. Heute ist er – wie die Präambel des Grundgesetzes – Plädoyer und Auftrag für die europäische Einigung: „Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einem diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen.“

Für die weitere Einigung Europas brauchen wir keine – wie von manchem in diesen Tagen gefordert – neue Verfassung. So wie der frühere Artikel 23 die Wiedervereinigung ermöglichte, ist der heutige Artikel 23 rechtliche und politische Grundlage für die Einigung Europas. Stellen wir unsere bewährte Verfassung, das Grundgesetz, nicht in Frage!

Im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 wurden einst von der Sowjetunion militärisch besetzte und politisch beherrschte Staaten des Ostblocks Mitglieder der Wertegemeinschaft der Europäischen Union.

Heute leben wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in einem wiedervereinten Deutschland und einem geeinten Europa.

Dass dieser Traum in Erfüllung gehen konnte, dass einst verfeindete Völker und Staaten sich über Jahrzehnte schrittweise aussöhnen konnten, ist ein gewaltiger Erfolg, der mit der europäischen Einigung untrennbar zusammenhängt.

Europa ist ein Projekt des Friedens und, wie Wolfgang Schäuble es im Mai dieses Jahres bei der Verleihung des internationalen Karlspreises zu Aachen ausdrückte, „eine große Vision, eine große Idee, ein großes Streben und Sehnen nach Freiheit, nach Sicherheit, nach Stabilität, nach Rechtsstaatlichkeit, nach Wohlstand und nach Solidarität“.

Auch die Studenten des Wartburgfestes von 1817 waren – inspiriert von der französischen Revolution – von solch einer Vision beseelt und teilten diese Werte.

Werte, die heute die Europäische Union schützt. Und nur ein vereintes Europa kann unsere Sehnsucht nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weiterhin erfüllen.

Die Ereignisse des Wartburgfestes und die spätere Verfolgung der studentischen Revolutionäre von 1848, die für demokratische Werte eintraten, erinnern uns an die schwer errungenen Erfolge der Vergangenheit und daran, wie schützenswert diese Werte sind.

Die Achtung der Würde des Menschen, die Bewahrung der erworbenen Freiheit, des Friedens und der Demokratie, die Geltung des Rechts: Diese Werte waren stets und sind nach wie vor Antriebskraft und Ziel der europäischen Einigung.

Darüber sollten wir aber bitte nicht vergessen, dass der europäische Einigungsprozess oft durch wirtschaftliche Integration vorangetrieben worden ist.

Ich erinnere an den Schuman-Plan: Der französische Außenminister Robert Schuman hatte verstanden, dass die Spirale der Feindseligkeit zwischen Deutschland und Frankreich ein für alle Mal durchbrochen werden musste. Indem er mit seinen Vorschlägen die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in die Wege leitete, schuf er eine entscheidende Grundlage für die Aussöhnung der lange verfeindeten Länder.

Auch die weiteren Schritte auf dem Weg zur heutigen Europäischen Union gründeten zunächst auf der Vertiefung der wirtschaftlichen Integration. Helmut Kohl sagte über ein Gespräch mit François Mitterrand in den 1980er Jahren: „Wir waren uns auch einig [...] dass die politische Einigung Europas die ökonomisch-wirtschaftliche Einigung mit einer gemeinsamen Währung voraussetzte.“

Die wirtschaftliche Integration war dabei mitnichten nur ein Mittel zum Zweck. Gerade Deutschland mit seiner enormen Exportabhängigkeit profitiert bis heute beträchtlich vom gemeinsamen Wirtschaftsraum mit seinen stabilen Wechselkursverhältnissen.

Aber auch der Umkehrschluss ist gültig: Ein Rückschritt in der wirtschaftlichen Integration würde das Projekt Europa massiv gefährden. Ein Auseinanderbrechen der Währungsunion würde die vielen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte europäischer Einigung infrage stellen.

Wenn wir deshalb heute über den Weg von der Währungsunion hin zur politischen Union sprechen, dann stehen wir am Scheideweg unserer europäischen

Zukunft: Gemeinsam, hin zur politischen Union, oder jeder für sich, hin zur langfristigen Bedeutungslosigkeit.

Die gegenwärtige Schulden- und Wirtschaftskrise bietet uns eine historische Chance. Ganz im Sinne des europäischen Gründervaters Jean Monnet, der einmal gesagt hat: „Europa wird in Krisen geschmiedet werden und wird das Ergebnis der Lösungen sein, die wir für diese Krisen finden.“

Wie müssen diese Lösungen aussehen?

Die Krise lässt keine Zweifel daran, dass wir eine gesamteuropäische Wirtschaftsverfassung brauchen, die sich an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientiert: Eigenverantwortung, aber auch Solidarität, Subsidiarität, Nachhaltigkeit des Wirtschaftens und eine Geldpolitik, die sich am Gebot der Geldwertstabilität orientiert, müssen mehr denn je Eckpfeiler einer stabilen europäischen Ordnung sein.

Eine gemeinsame Währungspolitik kann ohne eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie eine vergleichbare Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten nicht funktionieren.

Lassen Sie mich einige Meilensteine nennen, die auf diesem Weg bereits erreicht worden sind.

Der im März 2012 unterzeichnete Fiskalpakt wird mittelfristig hilfreich sein, weil er das Übel der übermäßigen Staatsverschuldung angeht. Die beteiligten Länder verpflichten sich verbindlich zum Schuldenabbau und zur Verankerung einer Schuldenbremse auf nationaler Ebene. Darüber hinaus wird das Defizitverfahren gestrafft.

Entscheidend wird sein, dass alle beteiligten Länder sich dieses Mal an das Regelwerk halten. Um dies zu begünstigen, muss der Fiskalpakt um eine gemeinsame Haushaltsaufsicht bei der Europäischen Kommission und mittelfristig um einen europäischen Finanzminister mit Vetorecht ergänzt werden.

Erst und überhaupt dann könnte ein gemeinsames Management der Staatsschulden – beispielsweise in Form von Eurobonds – gedacht werden.

Solidarität ist keine Einbahnstraße. Solidarität ist nur möglich auf Basis einer europäischen Koordinierung und Kontrolle. Eine dauerhafte bedingungslose Finanzierung eines Teils der Eurozone durch den anderen Teil stellt keinen nachhaltigen Weg zur Vertiefung der Integration dar. Im Gegenteil: Sie setzt mit der Verletzung des Haftungsprinzips falsche Anreize.

Die bisherigen Notfallverfahren in Form der Euro-Rettungsschirme halten sich an dieses Prinzip der sich gegenseitig bedingenden Solidarität und Solidität, indem sie klare Handlungs- und Zielvorgaben für die notleidenden Länder vorgeben. Sie waren das richtige Signal dafür, dass Europa im Krisenfall zusammensteht.

Ein in dem Zusammenhang nicht minder richtiges und ebenso wichtiges Signal war auch die Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts in der vergangenen Woche. Als letzter der ESM-Staaten kann nun auch die Bundes-

republik Deutschland – nach Abschluss des Ratifizierungsverfahrens – Teil des permanenten Rettungsschirms werden. Wir in Deutschland leisten damit unseren Beitrag zur Solidarität in Europa und tragen entscheidend zu den Maßnahmen bei, die Europas aus der Krise führen sollen.

Voraussetzung dafür ist: Die betroffenen Krisenländer müssen sich zu umfassenden Strukturreformen bekennen, den Kampf gegen Steuerhinterziehung annehmen und bürokratische Hürden abbauen. Nur das schafft nachhaltiges Wachstum und damit die Grundlage für eine Haushaltskonsolidierung.

Das gilt auch für das Programm der Anleihekäufe durch die Europäische Zentralbank. Hier muss sich neu über die zentrale Bedeutung der Geldwertstabilität verständigt werden. Schließlich hat die Europäische Zentralbank damit entscheidend zur heutigen Stärke des Euro beigetragen.

Dass der Reformdruck in den Krisenländern aufrechterhalten wird, ist einziger Lichtblick: Die Anleihekäufe sind an strikte Bedingungen geknüpft: Nur wer bereit ist, ein sog. Anpassungsprogramm des europäischen Rettungsfonds ESM umzusetzen, dem hilft die Europäische Zentralbank.

Ansonsten gilt: Welche Auswirkungen der nun von der Europäischen Zentralbank eingeschlagene indirekte Weg in die Haftungs- und Schuldenunion haben wird, ist bislang nicht absehbar. Skepsis und Vorsicht sind angebracht.

Die Beschlüsse zur gemeinsamen Bankenaufsicht, die auf dem EU-Gipfel Ende Juni gefasst wurden, waren vernünftig. Die Staatsschuldenkrise konnte erst durch den Niedergang maroder Banken in ganz Europa ausgelöst werden, die sich mit faulen Immobilienkrediten verspekuliert hatten. Es ist daher sinnvoll, wenn die Europäische Zentralbank nun Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten gegenüber gefährdeten und riskant agierenden Banken erhält.

Neben der Bankenkrise waren die Ungleichgewichte zwischen den europäischen Volkswirtschaften hauptverantwortlich für die heutige Staatsschuldenkrise. Wir müssen in Zukunft dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Länder nie wieder derart auseinander geht. Deshalb ist für das Funktionieren unserer Währungsunion eine bessere Abstimmung über die Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union vonnöten – manche nennen es eine „Europäische Wirtschaftsregierung“.

Das sogenannte „Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte“ ist ein wichtiger Schritt, um in Zukunft Ungleichgewichten zu begegnen.

Im Rahmen dieses Verfahrens überprüft die Europäische Kommission jährlich, ob ein Mitgliedsstaat übermäßige Leistungsbilanzdefizite aufweist, das heißt, zu viele Waren importiert, zu wenig exportiert und damit Schulden gegenüber dem Ausland anhäuft. Bei einem Übermaß werden Korrekturverfahren eingeleitet, die Sanktionen nach sich ziehen können.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit diesen Maßnahmen zukünftigen Fehlentwicklungen erfolgreich vorbeugen werden!

Eines ist sicher: Europa darf sich nicht in Kleinstaaterei und Misstrauen verlieren. Wie in einer großen Familie müssen wir Europäer jetzt gemeinsam an einem Strang ziehen. Nicht weniger Europa ist die Antwort auf die Fragen unserer Zeit, sondern mehr Europa. Was wäre es für ein Kleinmut, das europäische Projekt nun in Frage zu stellen?

Zwei Gedanken sind mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Es geht – erstens – nicht um die Gründung eines europäischen Superstaates. Sinnvoll ist, dass so viel wie möglich an politischer Entscheidungsbefugnis bei den Kommunen, Regionen und Mitgliedsstaaten verbleibt. Die europäischen Institutionen derweil sollten für all jene Politikfelder zuständig sein, über die am besten supranational entschieden wird.

Dazu brauchen wir aber auch – zweitens – eine Stärkung der demokratischen Legitimierung der Europäischen Union.

Das betrifft zuvorderst das Europäische Parlament. Es ist unerlässlich, das Europäische Parlament weiter zu stärken. Angesichts wachsender globaler Herausforderungen sind die traditionellen nationalen Institutionen immer weniger in der Lage, passende Antwort zu geben. Nationale Lösungen allein reichen nicht mehr aus.

Globale Herausforderungen machen an keiner Landesgrenze halt. Nicht zuletzt die globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat uns eindringlich vor Augen geführt, welches Ausmaß die Globalisierung in diesem Bereich längst erreicht hat.

In seiner Antrittsrede vor dem Deutschen Bundestag am 23. März 2012 hat Bundespräsident Joachim Gauck eben diese Herausforderungen eindringlich geschildert. Seine Schlussfolgerung lautet: „Gerade in der Krise heißt es deshalb: Wir wollen mehr Europa wagen.“

Die Bewahrung des Subsidiaritätsprinzips und der demokratischen Selbstbestimmung müssen unsere obersten Prinzipien bei der Schaffung einer politischen Union bleiben. Nur so ist die Glaubwürdigkeit und Zustimmung bei den Bürgern zu erhalten und nur so können die Völker Europas den Mut zu einer weitergehenden Integration aufbringen.

In Deutschland sind sich die Bürgerinnen und Bürger dessen nach wie vor bewusst: Laut dem Deutschlandtrend des Meinungsforschungsinstitutes Infratest Dimap von Anfang September setzt eine deutliche Mehrheit der Deutschen auf ein engeres Zusammenrücken in der Europäischen Union. 57 Prozent sprechen sich aktuell für „mehr gemeinsame Politik“ aus.

Diese Zustimmung sollte uns in Deutschland Mut machen, uns für nachdrücklich für die weitere europäische Einigung zu engagieren!

Der Weg der europäischen Einigung, getragen von mutigen und überzeugten Bürgerinnen und Bürgern, ist das Fundament eines freien, friedlichen und demokratischen Europas. Er ist notwendig für ein Europa, das die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern kann.

Diese Herausforderungen beschränken sich nicht allein auf horrenden Staatsschulden. Die stetig voranschreitende Globalisierung wird neue Unsicherheiten und Verteilungskonflikte zwischen den hochentwickelten Industrieländern und den aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern mit sich bringen.

Verschärft wird diese Entwicklung durch das stetige Schrumpfen des Anteils der Europäer an der Weltbevölkerung: Gegenwärtig leben in den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Das entspricht einem Anteil an der Weltbevölkerung von etwas mehr als sieben Prozent. Im Jahr 2050 wird dieser Anteil – folgt man den Prognosen der Vereinten Nationen und von Eurostat – nur noch etwas mehr als fünfzehn Prozent betragen.

Die Europäische Union ist nicht die Ursache des Übels, wie uns einige Kritiker glauben machen wollen. Sie ist unsere Chance, als Verbund von derzeit 27 Mitgliedsstaaten im globalen Wettbewerb um Waren, Rohstoffe und Märkte mit aufstrebenden Nationen zu bestehen.

Diese Chance müssen wir uns täglich neu erarbeiten. Das bereitet gelegentlich Mühe, doch unsere erfolgreiche Geschichte sollte uns Mut machen, diese Mühen nicht zu scheuen.

Gewiss sind einige Entscheidungsprozesse und Verfahren der Europäischen Union mühsam. Auch Ihre Institutionen selbst mögen weder perfekt noch gänzlich widerspruchsfrei sein.

Das ist aber längst noch kein Grund, die Europäische Union und die weitere europäische Einigung in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil! Gerade deshalb ist die Weiterentwicklung der Europäischen Union wünschenswert und dringend erforderlich, um die bestmöglichen Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit geben zu können.

Die Bändigung der internationalen Finanzmärkte, der Klimawandel, Migrationsbewegungen, internationaler Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen – all das sind Zukunftsaufgaben von globaler Dimension. Weitere ließe sich anfügen.

Es sind Aufgaben, die die Möglichkeiten von Nationalstaaten überfordern. Kein Staat dieser Welt kann sie heute mehr allein bewältigen. Nur ein Europa, das miteinander und nicht nebeneinander agiert, wird sie – zusammen mit seinen Freunden und Partner in der Welt – meistern können.

Eine starke Europäische Union ist zutiefst im Interesse Deutschlands. Nur in europäischer Geschlossenheit können wir unsere Werte und Interessen in der globalisierten Welt verfolgen und verteidigen.

Konrad Adenauer hatte das erkannt, als er sagte: „Die Einheit Europas war ein Traum von Wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für Viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle. Sie ist [...] notwendig für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit, für unser Dasein als Nation und als geistig schöpferische Völkergemeinschaft.“

Die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung gibt uns Grund zur Zuversicht, dass wir aus der Krise gestärkt hervorgehen werden.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen!

Herzlichen Dank!
